



Aktuelle Analysen

Nr. 43/1994

12. August 1994

Regionalwahlen in Rußland

Skizze der Ergebnisse

Zusammenfassung

Im Großteil der 89 Subjekte der Russischen Föderation haben seit Dezember 1993 Wahlen zu Regionalparlamenten und Organen der örtlichen Selbstverwaltungen stattgefunden. Noch vor Veröffentlichung der amtlichen Endergebnisse zeichnen sich wichtige Tendenzen ab. In zahlreichen Wahlkreisen muß die Stimmabgabe wiederholt werden, da die nötige Wahlbeteiligung von 25% nicht erreicht wurde. In den Regionen, wo die Wahl für gültig erklärt wurde, konnten vor allem Kandidaten aus der Administration sowie dem Agrar-Industriellen Komplex Erfolge verbuchen. Politische Parteien spielten bei den Regionalwahlen eine untergeordnete Rolle.

Einleitung

Infolge des Machtkampfes zwischen Präsident und Parlament im Oktober 1993 wurden per Ukas des Präsidenten alle Regional-, Stadt- und Dorfsowjets in den Subjekten der Föderation mit Ausnahme der nationalen Republiken aufgelöst. Bis zur Wahl neuer Institutionen wurden ihre Funktionen an die Verwaltungsorgane übertragen. Nach der Neuorganisation der politischen Institutionen auf föderaler Ebene finden seit dem 12. Dezember 1993 Neuwahlen in den russischen Regionen statt. Per Ukas ordnete Präsident Jelzin sie am 26. Oktober 1993 für alle Subjekte der Föderation - mit Ausnahme der nationalen Republiken - an. Gewählt wurden Regional- und Stadtparlamente sowie Organe der örtlichen Selbstverwaltung. Zum Teil wurden mancherorts gleichzeitig Volksabstimmungen über regionale Verfassungen oder Satzungen durchgeführt und Leiter der Regionalverwaltung gewählt. In einigen Republiken der Föderation fanden Präsidentschaftswahlen statt. Die ersten Wahlen wurden zeitgleich mit den russischen Parlamentswahlen und der Volksabstimmung über die neue Verfassung am 12. Dezember 1993 abgehalten. Die letzten Wahlen werden voraussichtlich im Herbst 1994 stattfinden. (Auflistung der Wahlen siehe Tabelle)

Quellenlage

Ergebnisse und Verlauf der Regionalwahlen sind in der deutschen Presse nicht dokumentiert. Auch die russischen landesweiten Zeitungen lassen keine lückenlose Rekonstruktion der Resultate zu. Offizielle Wahlergebnisse der zentralen Wahlkommission liegen derzeit noch nicht vor. Jedoch lassen sich auch vor Veröffentlichung der amtlichen Endergebnisse die wichtigsten Resultate der Regionalwahlen skizzieren. Grundlage für die vorliegende "Aktuelle Analyse" waren die Berichterstattung der russischen Presse aus einzelnen Provinzen, Meldungen von "RFE/RL News Briefs" sowie die Analyse der politischen Ereignisse in einigen Regionen im Rahmen des "polititscheskij monitoring" des Moskauer Instituts für geisteswissenschaftliche und politische Forschung (MGPI).

Durchführung der Wahl und Wahlregeln

Die rechtliche Grundlage der Wahlen bildeten Bestimmungen und Ordnungen, die von den Regionalverwaltungen erlassen wurden. Im wesentlichen orientierten sie sich an den Rahmenbedingungen der Präsidentenerlasse vom 26. und 27. Oktober 1993.¹

Die Abstimmungen erfolgten nach dem Mehrheitswahlrecht, nur in Saratow wurden zusätzlich Mandate über Parteilisten mittels Verhältniswahl vergeben. Kandidaten konnten in den einzelnen Wahlkreisen nach Sammlung von Unterstützungsunterschriften (1-5% der Wahlberechtigten) von Bürgervereinigungen, Parteien und Bewegungen nominiert werden. Für ihren Wahlkampf erhielten die Kandidaten finanzielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt. Koordiniert wurden die Abstimmungen von regionalen Wahlkommissionen. Die gewählten Vertretungsorgane tragen unterschiedliche Bezeichnungen. Die meisten Regionalparlamente nennen sich Gebiets- oder Regionalduma oder Gesetzgebungsversammlung. In Nowosibirsk wurde der Regionalsowjet² gewählt. Als Voraussetzung für die Gültigkeit der Wahlen wurde in fast allen Regionen - entgegen der Empfehlung des Ukases von Präsident Jelzin - die Mindestwahlbeteiligung auf 25% festgelegt. Nur in Rjasan orientierte man sich an dem Erlass und legte die Marke auf 35%. Für die Beschlußfähigkeit der neugewählten Parlamente, in denen maximal 50 Abgeordnete sitzen, war die gültige Wahl von zwei Drittel der Parlamentarier erforderlich. Eine Ausnahme bildet Lipezk, wo die Regionalversammlung schon mit halber Besetzung tagen und entscheiden kann.

Wichtige Ergebnisse

Das zentrale Ergebnis der Regionalwahlen in den Subjekten der Russischen Föderation ist die niedrige Wahlbeteiligung. Obwohl in den meisten Regionen die Mindestwahlbeteiligung von 25% erreicht wurde, und die Abstimmungen somit Gültigkeit erlangten, boykottierten besonders die Wahlberechtigten in den Städten die Stimmabgabe. So konnte beispielsweise in keinem der Wahlkreise von Pskow, Nowgorod, Archangelsk oder Lipezk die Mindestanzahl der Wähler an die Urnen gelockt werden. In zahlreichen Wahlkreisen müssen deshalb Nachwahlen abgehalten werden. In Murmansk und Kamtschatka muß die Wahl im gesamten Gebiet wiederholt werden.

Eine so geringe Beteiligung hatte niemand erwartet. Umfragen im Vorfeld der Wahlen hatten zwar sinkendes Interesse der Wählerschaft diagnostiziert, doch die deutliche "Abstimmung mit den Füßen" löste bei Politikern und Journalisten großes Erstaunen aus. Traditionsgemäß war die Wahlbeteiligung auf dem Land und unter älteren Menschen höher. Außerdem ließ sich ein umgekehrt proportionales Verhältnis zwischen Arbeitslosenzahlen (auch verdeckten) und Wahlbeteiligung feststellen. Auf Sachalin war schon im Vorfeld der Wahlen mit ihrem Scheitern aufgrund der katastrophalen Lebensumstände (stichia) gerechnet worden.³ Im Gebiet Brjansk lag dahingegen die Wahlbeteiligung in den vom Atomunglück in Tschernobyl am stärksten betroffenen Wahlkreisen deutlich über dem Durchschnitt.⁴

In einigen Regionen versuchten die Verwaltungsorgane, mit ungewöhnlichen Mitteln die Mindestwahlbeteiligung zu erreichen. St. Petersburgs Bürgermeister Sobtschak verlängerte die Wahlzeit von 24 auf 48 Stunden, nachdem am ersten Tag der Abstimmung zur Stadtversammlung nicht genügend Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben hatten. Zugleich erteilte er auch Studenten und Soldaten, die sich vorübergehend in der Stadt aufhielten, das Wahlrecht. Somit konnte eine Beteiligung von 25,6% erreicht werden.⁵ In Samara wurde Reisenden, die sich zufällig in der Stadt aufhielten, die Berechtigung zur Stimmabgabe zugesprochen.⁶ Im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen machten sich die Wahlhelfer eine Stunde vor Schließung der Wahllokale mit den Urnen auf den Weg zu den Wählern, nachdem bis 17.00 Uhr erst 23,8% der Wahlberechtigten erschienen waren.⁷

Verschiedene Erklärungen für die niedrige Wahlbeteiligung bieten sich an.

¹ Ukase des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 4188 vom 26.10.1993 und Nr. 4189 vom 27.10.1993. Veröffentlicht in: *Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stva Rossijskoj Federacii*, Nr. 44, Moskau 1.11.1993, S. 4623-4648.

² *Rossijskaja gazeta*, 26.3.1994.

³ *Rossijskaja gazeta*, 26.3.1994.

⁴ *Rossijskaja gazeta*, 11.3.1994.

⁵ FAZ, 6.4.1994.

⁶ Vladimir Gel'man: *Novaja mestnaja politika*. S. 22 in: *Političeskij monitoring* 4/94.

⁷ *Rossijskaja gazeta*, 11.3.1994.

- a) *Wirtschaftliche Situation*: Der Boykott der Regionalwahlen paßt in das allgemeine Bild der Entpolitisierung, die sich in Rußland beobachten läßt. Mit der Verschlechterung der Lebensumstände sinkt die Hoffnung, daß lokale politische Institutionen an der Misere etwas ändern können.
- b) *Sowjetisches Erbe*: Stimmenthaltung galt zu sowjetischer Zeit, in der de facto Wahlpflicht herrschte, als Zeichen des Protestes gegen die aktuelle Politik. Auch das relativ disziplinierte Wahlverhalten der Landbevölkerung könnte sich noch aus der Sowjetzeit konserviert haben. In vielen Regionen sind besonders die Städter überzeugt, daß die wesentlichen politischen Entscheidungen nach wie vor in Moskau getroffen werden. Der allgemeine Machtverlust der Legislative zugunsten der Administration in der Provinz verstärkt noch den Anschein des weiterhin dekorativen Charakters der Gebiets- und Regionalparlamente.
- c) *Diskreditierung der Demokratie*: In Rußland konnte sich bislang kein festes demokratisches Bewußtsein etablieren. Die Ereignisse des Herbstes 1993, als der frei gewählte Präsident, scheinbar legitimiert durch das Referendum vom April 1993, "bedingt frei" gewählte Sowjets im ganzen Land auflöste, führte zu einem weiteren Vertrauensverlust in demokratische Prozeduren. Er geht einher mit einer allgemeinen Diskreditierung aller politischer Aktivität, d.h auch des Wahlaktes.
- d) *Wahlkampf*: Der Wahlkampf in manchen Regionen Rußlands war auffallend kurz. Akuter Geldmangel verhinderte zusätzlich, daß sich die Kandidaten den Wählern vorstellten. Wahlwerbung in der Presse oder im Fernsehen konnten sich nur einzelne leisten. Massive Eingriffe der Administration in die Wahlvorbereitungen und den Verlauf der Abstimmung, wie zum Beispiel in St. Petersburg, förderten darüber hinaus das Mißtrauen in scheinbar demokratische Entscheidungsprozesse.

Als Ergebnis der Regionalwahlen zeichnet sich ein Sieg der Kandidaten aus der Administration sowie der Leitungsebene des landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektors ab. So stammen in Kaluga 21 von 45 Deputierten, in Rjasan 8 von 12, in Nowosibirsk 12 von 34 aus der Regionalverwaltung⁸. In Lipezk sind 14 von 19 Gewählten Leiter der Administration⁹. Bei der Wahl am 29. Januar 1994 in Pskow waren 11 von 13 Abgeordneten Favoriten der regionalen Administration¹⁰.

Die zweite große Gruppe der Deputierten rekrutiert sich aus der Schar der "roten Direktoren". In Iwanowo sind 10 von 23, in Tjumen 8 von 17 Abgeordneten Fabrikdirektoren¹¹. Im Gebiet Kirow reüssierten 13 Direktoren des Agrar-Industriekomplexes beim Kampf um die 45 zu vergebenden Mandate.¹² Meist ließ diese Gruppe ihre politische Orientierung unbestimmt. Sie vertreten oft lokale und pragmatische Interessen (z.B. Senkung der Steuern für ihre Betriebe) und können als gemäßigt konservativ eingestuft werden.

Parteien spielten im Verlauf der Regionalwahlen keine große Rolle. Der Großteil der Kandidaten wurde von Wählervereinigungen und Bürgerbewegungen nominiert. Die großen Parteien schenkten den Regionalwahlen kaum Beachtung und schickten nur vereinzelt Kandidaten ins Rennen.

- a) *Kommunistische Partei (KPRF)*. Die einzige Partei, die in allen Regionen (außer St. Petersburg und Moskau) Wahlerfolge verzeichnen konnte, war die KPRF. In Wladimir stellt sie 5 von 20, in Astrachan 4 von 17 Abgeordneten der Regionalversammlungen¹³. Die KPRF verfügt über ein weitverzweigtes Organisationsnetz und konnte ihre Position weiter stärken.
- b) *LDPR*. Die Partei Schirinowskis stellte nicht in allen Regionen Anwärter auf Mandate. Ihr Erfolg kann als äußerst gering bezeichnet werden.¹⁴
- c) *Demokraten*. Abgesehen von Moskau, wo 19 von 35 Abgeordneten der Stadtduma von "Rußlands Wahl"¹⁵ gestellt werden, verzeichneten die zersplitterten demokratischen Kräfte nur bescheidene Erfolge.

⁸ Gel'man S. 17.

⁹ Izvestija, 12.3.1994 S. 1.

¹⁰ Andrej Serkin: Pskovskaja oblast', S. 11, in: Političeskij monitoring 5/94.

¹¹ Gel'man S. 17.

¹² Nezavisimaja gazeta, 22.3. S.1.

¹³ Gel'man S.19.

¹⁴ Vgl. Gel'man S. 19.

¹⁵ Večernaja Moskva, 15.12.93.

Trotz zum Teil bedeutender Investitionen in den eigenen Wahlkampf und den nahestehender Politiker, fiel die neue Klasse der Geschäftsleute bei den russischen Wählern durch. Vor allem in der Provinz wird von der Bevölkerung Geschäftstüchtigkeit und neues Business mit kriminellen Strukturen oder Mafiaschaften gleichgesetzt. Vor die Entscheidung gestellt: "Nomenklatura oder Mafia"¹⁶, wählten die meisten konservativ. Von der vernichtenden Niederlage kandidierender Bankiers wird aus Rostow am Don berichtet.¹⁷

Als ein weiteres Ergebnis der russischen Regionalwahlen ist der große Prozentsatz der Protestwähler zu nennen. In Moskau stimmten "gegen alle Kandidaten" 895.141 Personen. Das entspricht bei einer Wahlbeteiligung von 51,1% einem Wähleranteil von 25,8%. In 31 von 35 Wahlkreisen überstieg die Zahl der Proteststimmen die Wählerstimmen für den Erstplazierten.¹⁸ Aus Saratow wird ein Protestwähleranteil von 8,8% gemeldet.¹⁹

Auch wenn eine Einschätzung der politischen Orientierung der neugewählten Versammlungen nur unter Vorbehalt getroffen werden kann, so läßt sich dennoch eine tendenziell eher rückwärts gewandte Grundhaltung vermuten. Die politische Ausrichtung der meisten Abgeordneten ist schwer zu bestimmen, da unabhängige Kandidaten bewußt von parteipolitischen Festlegungen Abstand nahmen. Die Abgeordneten der neugewählten Institutionen haben ihr Mandat nur für zwei Jahre. Es ist zu erwarten, daß sie besonders um die lokalen Interessen ihrer Regionen bemüht sein werden.

Eine bedeutende Anzahl der neuen Parlamentarier rekrutiert sich aus den Kreisen der aufgelösten regionalen und städtischen Sowjets. So ist beispielsweise jeder dritte Abgeordnete der Moskauer Stadtduma ehemaliger Deputierter des Stadt- oder der Rayonsowjets der Metropole²⁰. Im Gebiet Leningrad saßen 12 der 23 Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung schon im Gebietsowjet.²¹

Eine endgültige Einschätzung der Wahlergebnisse wird angesichts der zahlreichen Klagen über Wahlfälschung und Verletzung der Wahlordnungen erschwert. Sie beziehen sich vorwiegend auf die unrechtmäßige Aufteilung der Wahlkreise zugunsten eines Kandidaten, der von der Verwaltung begünstigt wurde, die Fälschung von Unterschriftenlisten bei der Registrierung der Kandidaten oder Methoden bei Durchführung der Wahlen, wie z.B. in St. Petersburg. Es besteht die Möglichkeit, daß in zahlreichen Wahlkreisen die Abstimmungen wiederholt werden müssen. In Uljanowsk ist die Wahl aufgrund der unrechtmäßigen Wahlkreisauflösung durch die Administration einige Tage vor Stimmabgabe auf den Herbst verschoben worden²². Das Regionalgericht gab der Klage des Regionalzentrums der Bewegung Demokratische Reformen gegen die Wahlordnung, erarbeitet von der Administration, statt.

Das Bild von demokratischen Wahlen wird auch durch andere Berichte getrübt. So wurde im Gebiet Brjansk beobachtet, wie ein Firmenleiter, der einen Platz auf der Wahlliste anstrebte, unter Androhung des Arbeitsplatzverlustes Unterstützungsunterschriften bei seinen Untergebenen sammelte²³. Der Kauf von Unterschriften schien zudem sehr verbreitet zu sein.²⁴

Über das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Regionalwahlen kann nur spekuliert werden. Man sollte sich jedoch durch sie nicht den Blick auf die Bemühungen um eine demokratische Entwicklung auch in der russischen Provinz verstellen lassen.

Benjamin Schenk

Der Verfasser war im Sommer 1994 Praktikant im BIOst.

Redaktion: Gerhard Simon

¹⁶ Gel'man S. 18

¹⁷ Nezavisimaja gazeta, 31.3.1994.

¹⁸ Večernaja Moskva, 20.12.1994.

¹⁹ Sergej Ryzenkov, Saratovskaja oblast', S.1, in: Političeskij monitoring 5/94.

²⁰ Večernaja Moskva, 15.12.93.

²¹ Gel'man, S. 23.

²² Izvestija, 26.3.1994; Galina Cinarichina, Der totale Sieg der Bürokratie, in: Vostok 2/1994, S. 12.

²³ Rossijskaja gazeta, 12.3.1994.

²⁴ Gel'man S. 15.

Subjekt der Föderation	Wahldatum*	Beteiligung, Bemerkung
Teilrepubliken		
Republik Karelien	12.12.1993	Referendum über Einführung eines Präsidentenamts: Wahl zum Regierungsoberhaupt
Republik der Komi	12.12.1993	Referendum über Einführung eines Präsidentenamts
Mordwinische Republik	08.05.1994	Wahl zum Oberhaupt der Republik
Tschuwaschische Republik	Wahl im Juni 1994	(?)
	12.12.1993	Präsidenschaftswahlen 63%
	26.12.1993	Stichwahl, 52,03%
	13.03.1994	Wahl zum Staatssowjet (Gossovjet) 39,1%: 7 von 47 Mandaten vergeben
	27.03.1994	Nachwahlen; 36%; zusätzlich 28 Mandate vergeben
	26.05.1994 (?)	Nachwahlen (?)
Republik Mari El	12.12.1993	Parlamentswahlen
Republik Tatarstan	13.03.1994	60 %: Nachwahl zur Föderalversammlung
Udmurtische Republik		Präsidenschaftswahlen; Wahlen der Leiter der örtlichen Selbstverwaltung
Republik Baschkortostan	12.12.1993	Präsidenschaftswahlen
Adygeische Republik	keine Information	
Karatschaisch-Tscherkessische Republik	24.04.1994	Parlamentswahlen sowie Referendum über Einführung eines Präsidenten verschoben.
Kabardino-Balkarien	12.12.1993	Parlamentswahlen
Nordossetien		Präsidenschaftswahlen
	27.03.1994	Regionalwahlen
Inguschische Republik	27.02.1994	70%; Präsidenschaftswahl; Parlamentswahl
Tschetschenische Republik	keine Information	
Republik Dagestan	12.12.1993	Referendum über Einführung eines Präsidentenamts
Republik Kalmückien	schon April 1993	Präsidenschaftswahlen
Republik Gorno Altai	keine Information	
Republik Chakassien	keine Information	
Republik Tuwa	12.12.1993	Referendum über neue Verfassung, Parlamentswahl
Republik Burjatien	16.06.1994	Präsidenschaftswahlen
Republik Sacha (Jakutien)	keine Information	
Autonomes Gebiet und Autonome Bezirke (okrug)		
Jüdisches Auton. Gebiet Birobidschan	13.03.1994	gültig in 11 von 15 Wahlkreisen(?)
AB* der Nenzen	20.03.1994	ungültig (?)
AB der Komi-Permjakien	20.03.1994	59,9%
Burjatischer Autonomer Bezirk Ust-Ordinski	27.03.1994	65%
Burjatischer Autonomer Bezirk Aginskoje	20.03.1994	60%, gültig in allen 15 Wahlkreisen
AB der Jamal-Nenzen	06.03.1994	28,7%, alle Mandate, bis auf eines vergeben, Nachwahl zur Föderalversammlung
AB der Chanten u. Mansen	keine Information	
AB Taimyr (der Doganen und Nenzen)	27.03.1994	
AB der Ewenken	27.03.1994	
AB der Tschuktschen	keine Information	
AB der Korjaken	keine Information	
Städte mit Subjektstatus		
Moskau	12.12.1993	51,1%; gültig in allen 35 Wahlkreisen
St. Petersburg	20./21.03.94	25,6%; 24 von 50 Mandaten vergeben
Regionen (kraj)		
Krasnodar	12.06.1994	
Stawropol	27.03.1994	32% Wahl d. Staatsduma
Altai	13.03.1994	gültig in 34 v. 50 Wahlkreisen
	24.04.1994	Nachwahl
Krasnojarsk	27.03.1994	Regionalwahl, Referendum zu Neuverteilung der Macht
Chabarowsk	13.03.1994	33%; gültig in 23 v. 25 Wahlkreisen

* Falls nicht anders vermerkt, beziehen sich Angaben zu Wahldatum, Beteiligung und Gültigkeit auf durchgeführte Regionalwahlen. Aufgrund äußerst lückenhafter Quellenlage erhebt die Tabelle keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

* AB = Autonomer Bezirk.

Primorje	auf Herbst 1994	verschoben
Gebiete (oblast)		
Kaliningrad	27.03.1994	gültig in 20 von 21 Wahlkreisen
Murmansk	20.03.1994	ungültig wegen zu niedriger Beteiligung
Archangelsk	Wahlen haben	stattgefunden
Leningrad	20.03.1994	29,8%; gültig in 23 von 25 Wahlkreisen
Pskow	29.01.1994	gültig in 13 von 21 Wahlkreisen
	27.03.1994	Nachwahl
Nowgorod	27.03.1994	35,6%; gültig in 19 von 27 Wahlkreisen
Wologda	20.03.1994	
Smolensk	20.03.1994	35%
Twer	20.03.1994	30,7%
Jaroslavl	27.02.1994	33%; gültig in 17 von 23 Wahlkreisen
Brjansk	27.03.1994	gültig in 18 von 27 Wahlkreisen
Kaluga	27.03.1994	42,2%
Moskau	27.03.1994	26,8%
Wladimir	27.03.1994	
Iwanowo	27.03.1994	33%(?)
Kostroma	13.03.1994	gültig in 14 von 15 Wahlkreisen
Kursk	27.03.1994	
Orjol	20.03.1994	gültig in 6 von 19 Wahlkreisen
Tula	Wahlen haben	stattgefunden
Rjasan	27.03.1994	12 von 19 Mandaten vergeben
Nischni Nowgorod	27.03.1994	32 von 45 Mandaten vergeben
Wjatka (Kirow)	20.03.1994	36%; gültig in 45 von 48 Wahlkreisen
Belgorod	20.03.1994	44%
Woronesch	27.03.1994	ungültig(?)
Lipezk	06.03.1994	gültig in 19 von 38 Wahlkreisen
Tambow	27.03.1994	43%
Pensa	30.01.1994	43%
Rostow	27.03.1994	35%; ungültig in 2 Wahlkreisen
Wolgograd	Dezember 1993	gültige Wahlen
Saratow	29.05.1994	31,1%; gültig in 24 von 25 Wahlkreisen auch Listenwahl
Uljanowsk	Wahlen nach	
	Gerichtsklage auf	späteren Zeitpunkt verschoben
Samara	27.03.1994	30,5%
Astrachan	06.03.1994	17 von 25 Mandaten vergeben
	09.10.1994	Nachwahl
Orenburg	20.03.1994	37%; gültig in 36 von 47 Wahlkreisen
Perm	20.03.1994	34,4%; ungültig in 3 von 40(?) Wahlkreisen
Swerdlowsk	10.04.1994	32,4%, gültige Wahl
Tscheljabinsk	15.05.1994	Regionalwahlen, Nachwahl zur Föderalversammlung
Kurgan	27.03.1994	43,8%
Tjumen	06.03.1994	31,5%; ungültig in 8 Wahlkreisen
	18.05.1994	Nachwahlen
Omsk	20.03.1994	24%-49,7%
Tomsk	27.03.1994	gültige Wahlen
Nowosibirsk	27.03.1994	33,6%; gültig in 34 von 49 Wahlkreisen
Kemerowo	27.03.1994	
Irkutsk	27.03.1994	auch Wahl des Leiters der Exekutive
Tschita	20.03.1994	30%; ungültig in 5 von 21 Wahlkreisen
Amur	27.03.1994	
Magadan	27.03.1994	
Sachalin	27.03.1994	25%; gültig in 12 von 16 Wahlkreisen
Kamtschatka	20.03.1994	ungültig wegen zu niedriger Beteiligung

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1994 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstraße 22,
D-50823 Köln, Telefon 02 21/57 47-0, Telefax 02 21/57 47-1 10

ISSN 0945-4071